

Gemeinsame Erklärung

der im „Antifaschistischen Komitee gegen Krieg und Sozialraub“ vertretenen Organisationen anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des I. Weltkrieges und des 75. Jahrestages des Beginns des II. Weltkrieges

Wo der Hauptfeind steht

Zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges – und zum 75. des Zweiten – führen Historiker und Massenmedien ein bizarres Schauspiel auf. Die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, der Krieg 1914-1918, ist Thema zahlreicher, in Details durchaus Interessantes zutage fördernder Monographien und von diversen Talkshows. Im Mittelpunkt steht, beileibe nicht erstmals, die „Kriegsschuldfrage“. Denn niemand wollte nach dem Ersten Weltkrieg, weder in Deutschland, noch in Österreich oder bei den Westmächten, Verantwortung für den Völkermord übernehmen. Der Kriegsausbruch sei für alle „ein Sprung ins Dunkle“ gewesen, nicht zuletzt deshalb, „weil alle am Frieden verzweifelten“. Und heutzutage wird wiederum behauptet: „Keiner hätte es gewollt, wenn er gewusst hätte, was dann kam.“

Hat es wirklich niemand gewusst? Eine „Schutzbehauptung“ nennen das die Juristen. Denn bereits 1888, also noch im vorimperialistischen Zeitalter, hat Friedrich Engels unter der Überschrift „Was Europa bevorsteht“ einen Text veröffentlicht, der präzise ankündigte, was zweieinhalb Jahrzehnte später eintrat: „Deutschland wird Verbündete haben, aber Deutschland wird seine Verbündeten und diese werden Deutschland bei erster Gelegenheit im Stich lassen. Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie gekannten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse.“ (MEW, Bd. 21, S. 350/351)

Also nichts ist an der Behauptung, die politisch Verantwortlichen der kriegführenden Seiten seien allesamt dazu verdammt gewesen, blind ins Desaster „hineinzuschlittern“.

Die Völker der Welt wissen aber: Die Hauptschuld an der Tragödie von 1914, erst recht aber an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges trägt der deutsche Imperialismus.

Unsere Gegner befürchten heute vor allem, die Menschen könnten erkennen, dass Lenins Analyse des imperialistischen Stadiums der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wie eh und je richtig und unverzichtbar ist, wenn man dem aktuellen Geschehen auf den Grund gehen will. Denn was ist schlimmer für die Verteidiger der Herrschaft des Kapitals als die Wahrheit: Die Gräueltaten beider Weltkriege und der meisten anderen Kriege der jüngeren Geschichte wurzeln in nichts anderem, als in den Bewegungsmechanismen ihrer Ausbeuterordnung.

Ein Vergleich mit der Tektonik der Erdplatten hilft, das zu verstehen. Wir wissen, die Platten der Erdkruste verschieben sich gegeneinander und bauen dabei ständig, wenn auch zunächst unmerklich, an ihren Rändern ungeheure Spannungen auf. Verheerende Eruptionen in diesen Zonen sind dann nur noch eine Frage der Zeit. Auf vergleichbare Weise wirken die ökonomischen und politischen Gewichte der imperialistischen Hauptmächte aufeinander. Es gibt jeweils Aufsteiger und Absteiger. Und es kommt hinzu: Im Unterschied zum vormonopolistischen Kapitalismus vollzieht sich ihre konkurrierende Entwicklung nunmehr insgesamt „sprunghaft“.

Die Behauptung, Politiker der imperialistischen Staaten könnten diese Mechanismen durch abgestimmten „guten Willen“ außer Kraft setzen, ist illusorisch. Das lehrt auch die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Die Westmächte lieferten das Sudetenland und schließlich die ganze

Tschechoslowakei den Hitlerfaschisten in der Erwartung aus, deren Aggressivität werde sich ausschließlich gegen die Sowjetunion richten. Diese Verbrecher führten ihre Schläge aber zunächst nicht nur in Richtung Osten. Knapp zwei Jahre lang war es deshalb der Sowjetunion möglich – freilich anfangs um den Preis schmerzlicher Einbußen ihres internationalen Ansehens – sich noch aus dem Krieg herauszuhalten. Als dann 1941 die Faschisten in das Sowjetland einfielen, blieb den Westmächten keine andere Wahl, als sich mit der sozialistischen Macht zu verbünden. Die Antihitlerkoalition wäre anders nicht zustande gekommen und eine Katastrophe noch gewaltigeren Ausmaßes unvermeidlich gewesen.

Doch es geht offenkundig bei der gegenwärtigen Debatte gar nicht um Geschichte. Es handelt sich um Relativierung deutscher Schuld, mit dem Ziel, der BRD zu „vollständiger Kriegsfähigkeit“ zu verhelfen. Erinnern wir uns: Selbst Helmut Kohl scheute sich noch, deutsche Soldaten in den ersten Irak-Krieg zu schicken. Allerdings hat er dafür den hiesigen Steuerzahlern die Kosten dieses Krieges aufgebürdet. Aber immerhin: Das Echo des Credos der DDR, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen, hallte noch laut. Die Schande, zuerst wieder direkt Krieg zu führen, hat dann eine Regierungskoalition von SPD und Grünen auf sich geladen.

Auf der Grundlage wesentlich von der BRD-Regierung initiiertes EU-Beschlüsse vom Dezember 2013 gab es nun zu Beginn dieses Jahres auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ eine weitere Eskalation: Gauck, von der Leyen und Steinmeier erklärten voller Eintracht, es solle endlich Schluss sein mit der „Kultur der Zurückhaltung“ und Deutschland müsse aufhören, sich angesichts seiner Rolle bei der Entfesselung beider Weltkriege „hinter Weltabgewandtheit und Bequemlichkeit zu verstecken“. „Gleichgültigkeit“ sei keine Option, sondern mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr – vor allem in Afrika – seien erforderlich. Denn eines sei unausweichlich: Deutschland müsse „bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substantieller einzubringen“. Ein Zufall war das keineswegs. Inmitten der längsten Krise, die der Kapitalismus je erlebte, wird die neue Etappe des Kampfes um „den Platz an der Sonne“ eingeläutet. Die Ereignisse in der Ukraine offenbaren, wie real die Gefahr einer erneuten Weltkatastrophe ist.

Zum Glück lehnt eine bedeutende Mehrheit in unserem Lande diesen Paradigmenwechsel ab. Und es ist keineswegs gering zu schätzen, dass auch aus dem konservativen Lager mahnende, den Kurswechsel verurteilende Stimmen zu vernehmen sind.

Die Zeichen stehen auf Sturm. Entschlossener Widerstand tut not!

Schuld an den Kriegen des 20. und des 21. Jahrhunderts trugen nicht nur deutsche, sondern auch Politiker verschiedener anderer Staaten. Das ist nicht zu bestreiten. Doch auch heute sorgt für die nötige Klarheit – nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA und den anderen imperialistischen Staaten – Karl Liebknechts aufrüttelnde Losung:

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V.

Deutsche Kommunistische Partei Landesorganisation Berlin

Deutscher Freidenker-Verband Landesverband Berlin

Freundeskreis „Ernst- Thälmann- Gedenkstätte e.V. Ziegenhals

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH)

Kommunistische Partei Deutschlands

Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V.

Revolutionärer Freundschaftsbund e.V.

RotFuchs-Förderverein e.V.